

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Andreas,
sehr geehrter Herr Friess,
wehrgedehrter Herr Maier,

Am 10.2.21 habe ich unserem Bürgermeister ein Mail mit folgendem Wortlaut geschickt und darin um eine möglichst konsensuale Lösung der Umsetzung des 3. Bauabschnitts Ortsverbindungsstraße gebeten:

Am 11.2 habe ich dann von unserem Bürgermeister eine Antwort auf meine Mail bekommen, die Ihnen bekannt ist, weil im CC weitergeleitet. Diese Mail hat meine Sorge, dass die Angelegenheit in einem vor allem nicht-konsensualen, streitig ablaufenden Prozess erledigt werden soll, leider bestätigt. Denn ich entnehme dieser Mail folgendes:

1. Der Lösungsprozess wird vollumfänglich und ohne weitere Absprache von der Verwaltung vorgegeben. Das Format der weiteren Sachbehandlung wird auf der Grundlage eines „kurzfristig“ von wem auch immer anberaumten und mit wem auch immer - jedenfalls aber ohne Beteiligung von Vertretern der betroffenen Bürger, die nicht eingeladen waren - durchgeführten Termins festgelegt.
2. Der nächste Prozessschritt soll ein Treffen hinter verschlossenen Türen sein, zu dem erneut BürgerInnen keinen Zutritt haben.
3. Der Bitte nachzukommen, die Angelegenheit im Rahmen eines Ortstermins zu besprechen und dort sowohl die Dimension der Planung zu markieren als auch die Möglichkeit einer Verschwenkung mit Fußgängerüberweg zu erörtern, wird abgelehnt. Das grundsätzlich erkennbare Prinzip der geplanten weiteren Sachbehandlung ist (trotz des dokumentierten großen öffentlichen Interesses): möglichst wenig Öffentlichkeit!
4. Die Ankündigung, das Problem spätestens in der Gemeinderatssitzung vom 17.3. "zu einem Ende zu bringen", lässt vermuten, dass auch dort kein Ortstermin stattfindet, an dem die Themen vor Ort besichtigt und besprochen werden können.

Ich muss Ihnen sagen, dies zu lesen hat mich gleichermaßen erschüttert wie fassungslos gemacht. Denn überdies steht in dieser Mail geschrieben, dass die Installierung dieses Prozesses noch nicht mal ein Telefonat zum Versuch einer Erklärung wert ist. Da setzen mehr als 50% der Wahlberechtigten von Dörmorsbach, also den Hauptbetroffenen der Planung, Ihre Unterschrift unter ein Schreiben mit dem Sie, die Planungsverantwortlichen, gebeten (!) werden, diese Planung des 3. Bauabschnittes noch einmal zu überdenken. Einen derartigen Vorgang von Bürgerengagement hat es, jedenfalls meines Wissens, so und in diesem Umfang in Haibach noch nie gegeben hat. Und Sie installieren einen Entscheidungsprozess, der so gestaltet ist, als hätte es dieses Bürgerbegehren einfach nicht gegeben! Es ist nicht der kleinste Schritt erkennbar, mit dem signalisiert würde, „ja, wir haben Eure Unzufriedenheit mit der Planung erkannt“ und „ja, wir gehen auf Euch zu“. Wenn es doch so gute Gründe gibt, diese Planung zu belassen, wie sie aktuell ist, dann kann es doch nicht so schwer sein, dies den BürgerInnen von Dörmorsbach offen zu vermitteln.

Unser Problem mit der gegenwärtigen Planung war und ist:

1. Sie löst „Probleme“, die erkennbar an dieser Stelle niemand hat, nämlich eine Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Aufnahmefähigkeit dieser Einmündung. Es hat unseres Wissens nach an dieser Stelle noch keinen Unfall gegeben und auch keine Ansammlung oder gar einen Rückstau von Autos. Zumal die Beseitigung eines vermeintlichen Engpasses ca. 30 m nach der Einmündung in die Gailbacher Straße sowieso hinfällig ist, weil dort die Straße nur noch 5,24 m. breit ist und sie von der Stadt Aschaffenburg nach dortiger ausdrücklicher Erklärung auch in absehbarer Zeit nicht ausgebaut werden wird.
2. Sie löst die wirklichen Probleme, die wir Dörmorsbacher BürgerInnen haben, nicht. Nämlich zum einen die (insbesondere durch den jetzt durchgeführten Ausbau der Ortsverbindungsstraße entstandene) Notwendigkeit, den Verkehr an unserem Ortseingang durch bauliche Maßnahmen wirkungsvoll abzubremsen und anderen, damit gleichzeitig einen sicheren Fußgängerüberweg für Fußgänger, von Haibach kommend und zur Hohen-Warte gehend, zu schaffen. Vielleicht könnte in dem

Zuge ja auch der Fußgängerweg vom Hohe-Warte-Weg weiter bis zur Einmündung gezogen werden.

3. Wenn wir dann hören, dass für diese, jedenfalls aus der Sicht der Mehrheit der Dörmorsbacher BürgerInnen nicht zufriedenstellende Planung, inkl. einer eigens zu erstellenden Behelfsstraße, ca. 450.000.-- € ausgegeben werden sollen und überdies viele qm freie Natur versiegelt werden sollen, dann ist es nicht weiter verwunderlich, dass dafür deutlicher Erklärungsbedarf entsteht und Argumentationspflichten von Seiten der Planung eingelöst werden sollten.

Ich hoffe ja immer noch, dass wir einen Weg zueinander finden, auch in Zeiten des Virus.

Wir sind dazu bereit!

Mit freundlichen Grüßen aus Dörmorsbach

Bernd Oppenrieder